

B 002 Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie

Beschluss des DGB-Bundeskongresses

Angenommen als Material zu Antrag B 001

Tarifautonomie und Mindestlöhne

Der DGB-Bundeskongress möge beschließen:

Die Tarifautonomie, das Flächentarifsystem und eine starke Tarifbindung sind das Herzstück gewerkschaftlicher Gestaltungsfähigkeit und Identität. Sie bieten die Grundlage, leistungsgerechte und solidarische Vereinbarungen zu treffen und die Beschäftigten an der wirtschaftlichen Dynamik teilhaben zu lassen.

Für immer mehr Beschäftigte greift eine solche tarifliche Absicherung jedoch nicht mehr, so dass bis zur Wiederherstellung handlungsfähiger Strukturen eine Kombination tariflicher und gesetzlicher Regelungen erforderlich ist, um Mindestarbeitsbedingungen, insbesondere Einkommensuntergrenzen, verbindlich festzulegen.

Um die Tarifautonomie und die Vereinbarung von Tarifverträgen zu stärken sind die Anwendung der Allgemeinverbindlichkeitserklärungen (AVE) auszubauen und die Voraussetzungen der Erteilung der AVE zu erleichtern. Zusätzlich ist die Ausweitung des Entsendegesetzes auf alle Branchen notwendig, um nach Inkrafttreten der Dienstleistungsrichtlinie und der Arbeitnehmerfreizügigkeit auf nationaler Ebene die Geltungskraft von vorhandenen Tarifverträgen zu gewährleisten. In Branchen, in denen weniger als 50% der Unternehmen einer repräsentativen Tarifbindung unterliegen, müssen branchenbezogene gesetzliche Mindestlöhne festgelegt werden.

Hierzu sind die Regelungen des Mindestarbeitsbedingungsgesetzes entsprechend anzupassen und anzuwenden. Durch diese Priorisierung des Verhältnisses von tariflichen und gesetzlichen Regelungen bleibt der gewerkschaftliche Anspruch auf die Tarifautonomie und die selbstbestimmte tarifliche Gestaltung der Arbeitsnormen erhalten und zugleich wird in den betroffenen Bereichen ein Schutz der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vor sittenwidrigen, ausbeutenden Beschäftigungsverhältnissen erreicht.

Konkret muss die Bundesregierung daher umsetzen:

1. Eine Änderung und Erleichterung der Handhabe zur Erteilung von Allgemeinverbindlicherklärungen.
2. Die Ausweitung des Entsendegesetzes auf alle Wirtschaftsbereiche.
3. Überarbeitung des Anwendungsverfahrens des Mindestarbeitsbedingungsgesetzes, um zu wirkungsvollen Regelungen zu gelangen.
4. Eindeutige Fokussierung auf repräsentative Tarifverträge im Hinblick auf gebundene Unternehmen und gewerkschaftlich organisierte Mitglieder